



„Kein Klimaschutz wäre die größte soziale Katastrophe“

Veranstaltung zum Thema „Sozialverträglicher Klimaschutz“
des Jean Monnet-Lehrstuhls der Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Erfurt
und des Europäischen Informationszentrums
am 8. Juni 2022

Knapp 40 interessierte Bürgerinnen und Bürger folgten der Einladung des Jean-Monnet-Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Völkerrecht und Europäische Integration der Universität Erfurt (Univ.-Prof. *Dr. Hermann-Josef Blanke*), des Europäischen Informationszentrums (EIZ) und des Staatswissenschaftlichen Forums e.V. am Mittwoch, dem 8. Juni 2022, um sich über die sozialen Aspekte des Klimaschutzes, insbesondere des Europäischen „Green Deal“, zu informieren und zu diskutieren. Das Publikum war durch alle Altersschichten bunt gemischt und setzte sich sowohl aus Privatpersonen als auch aus Vertreterinnen und Vertretern einzelner Institutionen und Interessensverbände zusammen.

Bereits in der Eröffnung betonte der Leiter des Europäischen Informationszentrums, Ass. jur. *Andreas B. Spieß* (M.A.), dass die überaus wichtige und aktuelle Thematik in Anbetracht des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine noch an Bedeutung gewonnen habe. Zu diesem Schluss kam auch *Herm.-J. Blanke* in seinem Eingangsreferat. Er führte aus: „Klimaschutz steht nicht isoliert, sondern ist untrennbar mit ökologischen, ökonomischen und sozialen Folgen verbunden.“ Dieser Zieltrias aus Ökologie, Ökonomie und sozialem Ausgleich folgten neben der Europäischen Kommission auch der deutsche Gesetzgeber im Bundes-Klimaschutzgesetz und nicht zuletzt die Konferenz zur Zukunft Europas, die in ihrem Abschlussbericht unter anderem eine sichere, nachhaltige, klimagerechte und erschwingliche Lebensmittelversorgung sowie eine sozial gerechte, unabhängige Energieversorgung als wichtige Handlungsfelder für die kommenden Jahre definiert hat. Innerhalb dieses Zieldreiecks sei, so *Blanke*, das in einer sozial-ökologisch umgebauten Marktwirtschaft anzustrebende Wirtschaftswachstum beizubehalten, dürfe also nicht gänzlich durch den Klimaschutz zum Erliegen kommen. Andernfalls könne Sozialstaatlichkeit nicht finanziert werden. Die Sozialverträglichkeit betreffe auch die Sicherung bzw. das Entstehen von Arbeitsplätzen vor allem in Bereichen der Zukunftstechnologien. Eine stärkere Verfolgung der ökologischen Ziele forderte hingegen *Robert Bednarsky*, der als Landesvorsitzender des BUND Thüringen e.V. stellvertretend für zivilgesellschaftliche Umwelt- und Klimaschutzverbände eingeladen war. In seinem Vortrag kritisierte er insbesondere die Wachstumsgesellschaft, die in Richtung einer „Post-Wachstumsgesellschaft“ mit dem Ziel eines wirksamen Klimaschutzes überwunden werden müsse. Er erläuterte, dass die Klimaschutzziele der Europäischen Union nicht scharf genug formuliert und in ihrer Erreichung erst zu spät angesetzt seien, um den Klimawandel noch effektiv aufhalten zu können. Dabei verwies er auch auf den Bericht des Club of Rome zu den „Grenzen des Wachstums“ (1972).

Der Thüringer Landtagsabgeordnete *Markus Gleichmann* (DIE LINKE.) vermittelte Einblicke in die Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen auf Landesebene sowie – in seiner Funktion als parlamentarischer Vertreter Thüringens im Ausschuss der Regionen – in die europäische Gesetzgebung, die zur Umsetzung des „Green Deal“ gestartet wurde, etwa das vom Europäischen Parlament am 8. Juni 2022 beschlossene Ende des Verbrennermotors bis zum Jahr 2035. Dabei betonte er mit Blick auf die Sozialverträglichkeit der Regelungen, dass niemand zurückgelassen werden dürfe. Er forderte zudem mehr Tempo und Entschlossenheit im Klimaschutz: „Wir brauchen keine Energiewende, sondern eine Energierevolution und damit müssen wir jetzt anfangen“, so *Gleichmann*.

Die Entlastungspakete der Bundesregierung, die die stark gestiegenen Energiepreise abmildern sollen, standen im Vordergrund des Beitrages von *David Simon*, Leiter des Referats für Strategie und Grundsätze der Transformation im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK). Er verdeutlichte, dass Klimaschutz nicht auf Grund äußerer Umstände wie der Pandemie oder der russischen Invasion in die Ukraine vertagt werden dürfe. Klimaschutzmaßnahmen seien nicht der Grund für die gegenwärtige Inflation in den EU-Mitgliedstaaten. Sie seien zur Bewältigung der Krisen sowie zum sozialen Ausgleich geradezu notwendig. Dies fasste er mit den Worten zusammen: „Kein Klimaschutz wäre die größte soziale Katastrophe, die wir uns vorstellen können.“

In der anschließenden Podiumsdiskussion wurde angeregt über konkrete Klimaschutzmaßnahmen und ihre mögliche sozialverträgliche Ausgestaltung debattiert. Vor dem Hintergrund der Steuerentlastung für Benzin und Diesel in Deutschland im Zeitraum Juni bis August 2022 wurde insbesondere die Frage aufgeworfen, ob Maßnahmen, die der sozialverträglichen Gestaltung des Klimaschutzes dienen, zugleich auch ökologisch nachhaltig sein sollten. Die anwesenden Bürgerinnen und Bürger interessierten insoweit vor allem Aspekte wie die Finanzierung des Wandels, die Priorisierung von Energieeinsparungen, aber auch konkrete Vorschläge zur Entlastung von Rentnerinnen und Rentnern sowie Studierenden und Sozialhilfeempfänger. Diese und weitere Fragen konnten anschließend bei einem kleinen Empfang vertieft werden.

